



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

**von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Essen),
Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche
und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz,**

im Pressegespräch zum Thema

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt oder Auflösung des Gemeinwohls?“

am 7. März 2017 in Bensberg

zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Als im November 2016 die Ergebnisse der europaweiten Studie „Generation What?“ veröffentlicht wurden, lautete die Schlagzeile zu den Befunden aus Deutschland: „Junge Menschen haben wenig Vertrauen in Politik, Kirche, Medien. 18- bis 34-Jährige sind überwiegend skeptisch gegenüber Institutionen“.¹ Die Kirche steht also nicht viel besser da als die staatlichen und demokratischen Einrichtungen, wenn es um das Vertrauen der Bürger bzw. in diesem Fall der jungen Menschen geht. Das Vertrauen in Institutionen schwindet, nicht nur bei den jungen Menschen. Und dieser Rückgang des Vertrauens betrifft nicht nur staatliche und politische Institutionen, Organe und Parteien, sondern auch Großorganisationen und damit auch die Kirchen. Der politische Vertrauensverlust und der in die gesellschaftlichen Institutionen gehen Hand in Hand, sicherlich bedingen sie sich auch gegenseitig.

Doch was bedeutet das überhaupt: Vertrauen? Vertrauen ist der Glaube daran, dass mein Gegenüber ehrlich und rechtschaffen ist, mir nichts Böses will, oder aber der Glaube daran, dass gewisse Sachverhalte stimmen und nicht verfälscht sind. Vertrauen ist sozusagen der Glaube an das Gute im Menschen. So gesehen ist eine Vertrauenskrise in gewisser Hinsicht auch eine Glaubenskrise – wenn natürlich auch eine ganz andere als der zurückgehende Glaube an Gott. Vertrauen ist auch für Religion essentiell. Gottvertrauen ist die Grundlage des Glaubens; Gottvertrauen gibt aber auch Gelassenheit für die irdischen Fragen. Das Vertrauen auf Gott und in die Mitmenschen ist eine

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

¹ <https://www.zdf.de/gesellschaft/generation-what/pressemitteilung-november-100.html>.
Die Ergebnisse der Umfrage selbst finden sich unter: <http://www.generation-what.de>.

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

zutiefst menschliche Eigenschaft. Ein Leben ohne Vertrauen wäre unmöglich. In unserem Alltag vertrauen wir andauernd, ohne es auszusprechen. Wenn man anfängt, über Vertrauen zu sprechen, ist es in der Regel eigentlich schon verloren oder zumindest im Schwinden begriffen. Vertrauen ist die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Daher ist die Sorge über ein Schwinden des Vertrauens so berechtigt. Wir stellen uns die Frage, warum Menschen das Vertrauen in die demokratisch gewählten Institutionen verlieren. Warum gibt es Mitbürger, die den freien Medien unseres Landes misstrauen, die doch eine Voraussetzung der Demokratie bilden, und stattdessen lieber ausländischer Propaganda und gefälschten oder erfundenen Meldungen im Internet Glauben schenken?

Das Besondere am Vertrauen ist, dass man es nicht erzwingen kann. Wir können noch so viel argumentieren, Vertrauen lässt sich nicht einfach nur durch rationale Erwägungen herstellen. Das ist insofern problematisch, als in den letzten Jahrzehnten die Globalisierung, aber auch die individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsgewinne insgesamt die Umstände und Verfahren sowohl in der repräsentativen Demokratie als auch in der Sozialen Marktwirtschaft immer komplexer machen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als immer wieder zu erklären, zu erläutern und zu werben, auch wenn das alleine nicht genügen wird. Die Antworten auf die immer schwieriger werdenden Fragen in der Welt werden jedenfalls nicht einfacher werden, sondern ebenfalls komplexer.

Vertrauen muss man sich erwerben; und es geht schneller verloren als es wiedergewonnen werden kann. Menschen und Institutionen müssen Glaubwürdigkeit ausstrahlen, vertrauenswürdig sein, sonst schenkt man ihnen kein Vertrauen. Das ist eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft, Parteien und Medien. Sie müssen sich anstrengen, um das Vertrauen der Bürger zu erwerben. Vertrauen beruht zu einem gewissen Teil auch auf Gegenseitigkeit. Je mehr ich merke, dass mir jemand vertraut, umso mehr bin ich auch bereit, ihm zu vertrauen. Insofern stellt sich die Frage, inwieweit Staat und Gesellschaft den Eindruck erwecken, auch den Bürgern zu vertrauen. Vertrauen ist keine Einbahnstraße. Staat und Gesellschaft müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass Freiheit und Sicherheit in einer Balance gehalten werden. Das gilt für Fragen von innerer Sicherheit gleichermaßen wie von sozialer Sicherheit. Sozialethisch gesprochen müssen Solidarität und Eigenverantwortung in Einklang gebracht werden. Wir müssen den Bürgern Freiräume geben und Verantwortung einfordern, müssen aber gleichzeitig auch soziale Sicherheit bieten.

Als Ruhrbischof erlebe ich im Bistum Essen hautnah das Auseinanderklaffen von Arm und Reich in der Gesellschaft und die damit verbundenen sozialen Spannungen. Seit den 1990er Jahren zeigt sich entsprechend des internationalen Trends auch in Deutschland eine Zunahme der Einkommensungleichheit. Auffällig ist auf der anderen Seite die wachsende Konzentration von Vermögen. So halten die einkommensreichsten 10 Prozent der Bevölkerung 40 Prozent des gesamten Vermögens. Gleichzeitig schrumpft die Mittelschicht. Doch unumstritten sind diese Analysen nicht. Zumal es nicht nur viele verschiedene Studien und Datensätze, sondern vor allem auch völlig unterschiedliche politische Bewertungen dieser

Daten und Fakten sowie Interpretationen der Entwicklungsursachen gibt. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse der Analyse und die persönliche Wahrnehmung oftmals voneinander abweichen. Übertreibung und Skandalisierung münden in Formulierungen wie „Armut war noch nie so hoch“ oder „Abstiegsrisiken sind gestiegen“, womit die Gefahr besteht, das Vertrauen in den Sozialstaat zu untergraben und Ängste und Unsicherheit zu schüren. Denn die Übertreibungen führen dazu, die wahren Probleme, die tatsächlich mit sozialer Ungleichheit einhergehen, zu übersehen. Der Blick auf die spezifischen Umstände von armutsgefährdeten Personengruppen wie Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Niedrigqualifizierte wird verstellt. Zudem lenken sie ab von der Frage nach den gesellschaftlichen Folgen der Ungleichheit. Soziale Ungleichheit kann Wohlstand, Demokratie und den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens gefährden. Dieser Zusammenhalt schwindet, wenn der Eindruck vorherrscht, der Aufschwung käme nur bei den Reichen an und es ginge nicht gerecht zu. Die Unzufriedenheit mit der Gesellschaft wächst, wenn eine Gesellschaft immer ungleicher und Aufstiegs- und Partizipationschancen eher weniger als mehr werden. Viele fürchten, unsere Gesellschaft produziere zu viele Verlierer und zu wenig Gewinner.

Damit verbunden ist die Sorge der Mittelschicht, nach unten abzusinken. Sie sieht ihre Aufstiegschancen und die ihrer Kinder gefährdet. Gerade die Mitte der Gesellschaft darf jedoch nicht den Eindruck haben, der von ihr durch Steuern finanzierte Sozialstaat werde seiner Aufgabe nicht gerecht. Die Mittelschicht war über Jahrzehnte hinweg der Garant eines gesellschaftlichen Zusammenhalts. Durch einen Fahrstuhleffekt hatten sich in der Nachkriegszeit die Lebensverhältnisse für alle verbessert. Heute besteht die Sorge, dass manche ganz nach oben fahren, während andere schon weiter unten aussteigen müssen. Es sind gerade diese Sorgen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden. Schließlich geben nicht nur die Zukurzgekommenen ihrem Unmut Ausdruck. Vielmehr tragen auch Menschen, die in gefestigten beruflichen und sozialen Verhältnissen leben, zum Erfolg – zum Beispiel von Pegida und AfD – bei. Wer den Populisten das Wasser abgraben will, sollte das Thema soziale Ungleichheit ernst nehmen. Allerdings müssen wir aufpassen, keinen Untergangsdiskurs zu führen, bei dem vor allem die Mitte der Gesellschaft den Eindruck gewinnt, es ginge ihnen schlecht oder es drohe ihnen bald schlechter zu gehen.

Nur wenn die Bürger das Gefühl haben, es gehe insgesamt gerecht zu in unserem Land, werden sie dem Gemeinwesen auch Vertrauen entgegenbringen. Ohne Vertrauen in den Sozialstaat und den Rechtsstaat wird der soziale Zusammenhalt in unserem Land weiter brüchig. Nicht nur die Politik, alle gesellschaftlichen Gruppen und damit auch die Kirchen sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten, um die gesellschaftlichen Verhältnisse gerecht zu gestalten und damit das Vertrauen der Menschen zu stärken.